

Rechtsruck in Europa und die notwendige Suche nach wirkmächtigen Gegenstrategien.

Einleitendes zu diesem Buch

Die Alternative für Deutschland hat den Einzug in das deutsche Parlament geschafft – mit über 13 Prozent der Stimmen – eine Partei, die laut Parteiprogramm Abtreibungen erschweren, Erbschaftssteuer abschaffen, das Waffenrecht freigiebiger machen, Atomenergie ausbauen und staatliche Sicherungssysteme abbauen will. In Österreich wird die FPÖ unterdessen mit 26 Prozent ebenfalls drittstärkste Partei bei den Nationalratswahlen – sie ist fast gleichauf mit der Sozialdemokratie. Es ist jene Partei, die von deutschen nationalen Burschenschafnern dominiert wird, die den Sozialstaat und die Arbeiterkammer zerschlagen will und die ein paar Monate zuvor beinahe den Bundespräsidenten gestellt hätte. Nun ist sie Regierungspartei. In beiden Ländern sitzt der Schock noch recht tief. Aber das Erstarren rechter Parteien, die Verbreitung und Normalisierung autoritär-nationalistischer, rassistischer und rechtsextremer Ideologien¹ scheint – nicht nur – eine europäische Tendenz zu sein. Die Finanz- und Wirtschaftskrise und ihre Bearbeitung durch die Europäische Union haben soziale Ungleichheiten verstärkt. Die Durchsetzungskrise des Neoliberalismus, die Festschreibung

1 Wir – bzw. einige unserer Gesprächspartner_innen – verwenden in diesem Buch den Begriff ›rechtsextrem‹ bzw. ›Rechtsextremismus‹. Der Begriff wird nicht im Sinne der sogenannten Extremismustheorie und den dieser zugrundeliegenden Vorstellungen von klar abgrenzbaren politischen Spektren inklusive ›Hufeisenmodell‹ gebraucht. Diese erscheinen uns für ein Verstehen weder von Wert- und Debattenverschiebungen noch für das Herausbilden und Interagieren von Akteur_innen geeignet. Wir verwenden ›Rechtsextremismus‹ als Begriff für eine Ideologie. In deren Zentrum steht der Kampf für eine ethnisch homogen gedachte Volksgemeinschaft. Hinzu kommen ideologische Säulen wie Antimarxismus, Antiliberalismus, Antipluralismus, Antiegalitarismus, Antiuniversalismus, ein enges heteronormatives Identitätskonzept mit nur komplementär gedachten Geschlechterrollen und die Ablehnung einer (pluralen) Demokratie als Organisationsform menschlichen Zusammenlebens. Für eine nähere Beschreibung möchten wir auf die Definition des Historikers Willibald Holzer verweisen, unter anderem angeführt in einem Text von Brigitte Bailer, ehemalige wissenschaftliche Leiterin des Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands: <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/zum-begriff-des-rechtsextremismus>, abgerufen am 6. Jänner 2018

der Austerität und die tiefgreifenden Veränderungen der Arbeitswelt haben zu einer weiteren Verschiebung des Kräfteverhältnisses zu Ungunsten der Subalternen in der Gesellschaft geführt. Auf der politischen Ebene kommt es schon seit den 1980er Jahren zu verschiedenen Prozessen der Entdemokratisierung: der Bedeutungsverlust der Parlamente, die Veränderungen des Verhältnisses zwischen Parteien und ihren Wähler_innen, die Bedeutungszunahme der Exekutive und hier das steigende Gewicht der Finanzministerien, der steigende Einfluss von Wirtschaftsinteressen auf die Politik, die Zunahme medialer Inszenierungen und das Absterben der Hegemonieapparate der ehemaligen »Volksparteien«. Viele dieser Elemente wurden in der Krise 2008 f. und ihrer autoritären Bearbeitung noch weiter verstärkt. Dadurch spitzten sich Entwicklungen in der Gesellschaft, die mit dem neoliberalen Umbau des Staates bereits begonnen hatten, weiter zu: Prekarisierung, Individualisierung und Entsolidarisierung prägen die Gesellschaft heute.

Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien, Organisationen und Bewegungen arbeiten mit ihrer Propaganda auf diesem »vorbereiteten Terrain«, indem sie soziale Fragen aufgreifen und autoritär-nationalistisch und rassistischen wenden. Die neoliberale Entwicklung wurde zum Steigbügelhalter des rechten und rechtsextremen Erfolges.

Doch weder der Erfolg von AfD und FPÖ noch jener des Front National in Frankreich oder der SVP in der Schweiz oder der Partei der Freiheit in den Niederlanden waren oder sind unaufhaltbar. Sie sind in der Tat umkehrbar – die Frage, die sich Gewerkschafter_innen, Politiker_innen, Aktivist_innen stellen, ist aber: Wie?

Wie kann man – ohne von den eigenen Überzeugungen abrücken zu müssen – agieren, um es rechtsextremen Parteien und ihren außerparlamentarischen Ausformungen wie den Identitären, Burschenschaftern, *Pegida*-Kadern bis hin zu Neonazis schwerer zu machen, ihre Ideologie zu propagieren? Als Herausgeberinnen dieses Gesprächsbandes haben wir uns diese Fragen auch gestellt und das nicht zum ersten Mal.

Die Antworten von Analyst_innen wie Politiker_innen in Deutschland nach dem Erfolg der AfD bestanden darin, nun auf »Entzauberung« zu hoffen – ein Zugang, dessen Erfolg bezweifelt werden kann, wenn man sich die Arbeitsweise einer FPÖ in Österreich ansieht. Die Teilnahme am parlamentarischen Prozess hat hier keine nachhaltigen Auflösungserscheinungen mit sich gebracht. Dass das Eingehen einer Koalition mit Rechtspo-

pulist_innen und Rechtsextreme diese nicht »entzaubert«, weil man sie so zu sachlichem Arbeiten zwingt, sondern diese vielmehr legitimiert und ihnen den Weg in die Salonfähigkeit erleichtert, haben in Österreich jene Regierungen gezeigt, die gemeinsam mit der FPÖ gebildet wurden.

Die Motivation, Fragen nach Strategien und überhaupt nach dem Bestehen von Handlungsräumen zu beantworten, liegt auch in unseren eigenen Erfahrungen begründet. Beide haben wir einen aktivistischen Hintergrund. Für Hanna spielte Politik von klein auf eine wichtige Rolle – in einer sozialdemokratischen Familie aufgewachsen, war der Weg in die Gewerkschaftsjugend und in die *Sozialistischen Jugend* vorgezeichnet. Sie arbeitete an der *Österreichischen Hochschüler_innenschaft* – sowohl an der Universität Wien als auch in der Bundesvertretung – und hat den linken Blog *mosaik* mitbegründet. Kathrin war während ihres Studiums beim *Verband Sozialistischer Student_innen in Österreich* aktiv, hat in der *Österreichischen Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien* gearbeitet. 2012 begann sie gemeinsam mit Natascha Strobl und Julian Bruns, die Identitären zu beobachten, recherchiert, publiziert und informiert seither zum Wirken der Neuen Rechten und ihrer Ableger in Europa.

Gemein haben wir, dass wir während unserer Zeit an der Universität Wien auch in der *Studienvertretung Politikwissenschaft* und von Beginn an bei der *Offensive gegen Rechts* aktiv waren – ein antifaschistisches Bündnis, das sich Ende 2011 gegründet hat mit dem ursprünglichen Ziel, über Straßenaktivismus und Öffentlichkeitsarbeit den gesellschaftlichen Druck so weit zu erhöhen, dass der Ball der Burschenschaften in der Wiener Hofburg abgeschafft wird. Heute mobilisiert die *Offensive gegen Rechts* nicht nur gegen den sogenannten Akademikerball, sondern gegen rechte Veranstaltungen aller Art. Im Zentrum steht aber, die FPÖ als Partei der Vermögenden, der Banken und Konzerne »zu entlarven«.

Aus all diesen Zusammenhängen kennen wir den Frust über Kriminalisierungsversuche im Vorfeld von Protesten, die von FPÖ- und in Deutschland von AfD-Politiker_innen ausgehen, sowie über die skandalisierenden Berichte und Titelbilder, die vom Boulevard veröffentlicht werden, noch während der Protestzug auf der Straße ist. Die Fragen, wie wir als Aktivist_innen einen Beitrag zu sachlicher Berichterstattung über das Problem rechtsextremer Treffen, Kongresse, Aufmärsche leisten können, wie wir selbst jene Bilder produzieren, die in den Zeitungen landen und wie wir auch zu jenen Demonstrationen mobilisieren können, die wiederkehrend

sind, haben uns, wie viele andere Fragen auch, gemeinsam mit unseren Mitstreiter_innen in den letzten Jahren immer wieder beschäftigt.

Wenn es um Kritik geht, um Aufklärung und um antifaschistische Kämpfe, dann muss es auch darum gehen, Gleichgesinnte zusammenzubringen, zu vermitteln, kreative Ideen und Strategievorschläge zu übersetzen – konkret: Arbeitsteilung zu betreiben und gemeinsames Nachdenken zu ermöglichen. Manche Standpunkte mögen unterschiedlich sein, Einigkeit herrscht jedoch, dass man unbeugsam ist, wenn es darum geht, für eine freie Gesellschaft, für Gleichberechtigung, gegen Hass, gegen Gewalt und gegen Ausgrenzung zu kämpfen. Wir wollen einen Beitrag leisten, dieses große gemeinsame Anliegen in den Mittelpunkt zu rücken und gleichzeitig verschiedene Zugänge im Umgang mit rechtsextremen Akteur_innen abzubilden. Überzeugt davon, dass es angesichts der Wahlergebnisse in Deutschland und Österreich wichtiger denn je sein wird, dass Antifaschist_innen das Gemeinsame vor das Trennende stellen, soll der vorliegende Band auch dazu anregen, voneinander zu lernen und das Beste unterschiedlicher Traditionen in die kommenden Herausforderungen einzubringen. Es gibt kein Patentrezept gegen Parteien und gegen rechtsextreme Kader, doch gerade die Strategievielfalt der Linken war und ist etwas Positives. In vielen Bereichen gibt es schon Foren des Austausches: Konferenzen, die von Wissenschaftler_innen getragen wurden, Bündnisse auf der Straße, Austausch zwischen Szene-Beobachter_innen, Journalist_innen und engagierten Erwachsenenbildner_innen sowie überparteiliche Allianzen.

Mit diesem Buch wollen wir Teile dieses Austausches und die Debatten um Erfolge und Schwierigkeiten zugänglich machen. Es ist das Ergebnis eines kollektiven Reflexionsprozesses über Erfolge, Misserfolge, Herausforderungen und Motivationen in der Beobachtung von und im Kampf gegen die extreme Rechte. Wir analysieren auf den folgenden Seiten nicht die ideologischen Elemente des Rechtsextremismus und die gesellschaftlichen Strukturen, die sein Erstarken ermöglichen. Wir konzentrieren uns auf Handlungsräume, Gegenstrategien und die Standpunkte der Gesprächspartner_innen, die mit sehr verschiedenen Konflikten im Umgang mit Rechtsextremen konfrontiert sind.

Wir haben in insgesamt sechs Panels Gespräche mit Akteur_innen geführt, die in ihren Bereichen Expert_innen sind und über ihren Arbeitsalltag, ihre Erfahrungen und ihre Einschätzungen gesprochen haben. Dieses Buch ist ein Debattenbuch und kein Sammelband, denn es war uns

wichtig, Widerspruch, Kritik und Kommentar an Standpunkten möglich zu machen und ein gemeinsames Nachdenken anzuregen. Theoriebände über Strategien, antifaschistische Positionspapiere, Analysen über Populismus, Aktionismus und Rhetorik der extremen Rechten gibt es zahlreich. Jedoch, so scheint es, ist eine offene Reflexion antifaschistischer Politik, unserer erfolgreichen Strategien, aber auch der Gefahren, des Scheiterns und des Ungeklärten, weniger im Fokus.

Die Texte in diesem Buch sind Collagen dieser Gespräche. Es gab Gespräche in Gruppen, manche mussten aus organisatorischen Gründen einzeln geführt werden – letztendlich gab es jedoch stets den Raum, sich wechselseitig zu kommentieren, nachzufragen und sich zu widersprechen, auch schriftlich. Dabei haben wir sechs Bereiche, in denen Menschen mit ihrer Expertise aktiv sind, abgedeckt:

Recherche und Dokumentation: Um zu wissen, wie wir gegen die extreme Rechte vorgehen, wie wir ihr unbequem werden können, müssen wir überhaupt erst wissen, wer diese ist. Antifaschistische Aktivist_innen, die – allein oder als Kollektiv – Daten sammeln, Rechtsextreme sichtbar machen und Netzwerke nachzeichnen, leisten einen unschätzbar wichtigen Beitrag, der auch von Politiker_innen wie Journalist_innen genutzt wird. Nicht immer bekommen sie dafür die Wertschätzung, die angebracht ist, obwohl sie sich großem Risiko aussetzen. Wie kommen Antifaschist_innen an Informationen und wie sichern sie diese? Was ist die Grenze dessen, was öffentlich gemacht wird? Und wie kann man sich schützen, wenn es darum geht, Namen und Bilder von bis dato unbekanntem Rechtsextremen zu bekommen? Vertreter_innen mehrerer Plattformen sowie Publizist_innen haben uns Einblick in ihre Arbeit gegeben.

Journalismus: Journalist_innen sollen nicht bloß Stenotypist_innen der Parolen rechtsextremer Parteifunktionär_innen und Kader sein. Gleichzeitig müssen sie Behauptungen prüfen und Stellungnahmen zu Fragen einholen, wenn sie korrekt arbeiten wollen. Es stellen sich daher die Fragen: Wie wählen sie Gesprächspartner_innen aus? Wem sollen und können sie Raum geben? Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit Antifaschist_innen als Quellen? Wie können rechtsextreme Bilder und Begriffe gebrochen werden? Diese Fragen und mehr werden von unseren Gesprächspartner_innen beantwortet.

Straßenaktivismus: Antifaschismus ist Handarbeit, ist Straßenarbeit. Wer »Antifa« hört, denkt unweigerlich an Demoblöcke, an Titelseiten, die Vermummte zeigen, und an Zeitungen, die Proteste als »bürgerkriegsähnliche Zustände« beschreiben. Was steckt jedoch hinter diesen Bildern, die Angst erzeugen? Was sind die Motivationen für Jugendorganisationen, Bündnisse und parteiunabhängige Vereine, für antifaschistische Anliegen Straßenproteste zu wählen, um sich Gehör zu verschaffen? Haben diese nicht längst ausgedient, sind ritualisiert? Welche Gefahren gehen mit Blockadeversuchen einher und worauf sollte man bei Vorbereitung und Umsetzung eines derartigen Protestes Acht geben? Diese Fragen und mehr haben wir mit Bündnisvertreter_innen diskutiert.

Netzpolitik und Hackivismus: Die extreme Rechte hat sich eine digitale Parallelwelt aufgebaut, seien es Online-Magazine, geschlossene *Facebook*-Gruppen oder hochgepushte *Twitter*-Accounts. Es gibt ideologisch klar getrennte und durch Mauern aus Algorithmen gesicherte Echokammern, aus denen User_innen, rechte wie linke, jeweils nicht ausbrechen. Fragen, die sich stellten, waren: Wie kann man das Netz nutzen, um antifaschistisch in die Offensive zu gehen? Welche Möglichkeiten für Zivilcourage im Netz gibt es? Ist es sinnvoll, die gegnerische Arena zu betreten und argumentativ mitzumischen?

Politische Bildung und Sozialarbeit: Egal ob ehrenamtlich, freiberuflich oder im Rahmen eines bestehenden Jobs: Wer historisch-politische Bildungsarbeit macht, findet einen herausfordernden Rahmen vor. Öffentliche Mittel für diesen Bereich werden gekürzt, Formatvorgaben erschweren es, einen Zugang zu Jugendlichen zu finden. Auch in der Erwachsenenbildung ist es schwierig, angesichts festsitzender Vorurteile zu diskutieren. Und in der Sozialarbeit ächzt und kracht es an allen Ecken und Enden, weil Sozialarbeiter_innen zunehmend überfordert werden. Da fragt man sich: Kann es sein, dass alle zwar nach politischer Bildung, nach Demokratieerziehung, nach Intervention rufen – aber es dann niemanden gibt, der es überhaupt so umsetzen könnte, wie es notwendig wäre, weil die Mittel fehlen? Kann soziale Arbeit etwas ausrichten? Und was wären die optimalen Rahmenbedingungen für Bildungsarbeit, die es möglich machen, über Werte und Gefühle, statt bloß Zahlen und Metabegriffe zu sprechen? Über

diese und andere Fragen haben wir mit Expert_innen aus den beiden Bereichen gesprochen.

Politik: Politiker_innen sind machtvolle Akteur_innen im Kampf gegen Rechts – doch wie kann mit dem parlamentarischen Arm der extremen Rechten umgegangen werden? Auf welchen Ebenen ist Antifaschismus überhaupt machbar und erfolgreich, und was sind die Voraussetzungen dafür? Ist Polarisierung in der Debatte gefährlich oder nützlich? Und was können Parteien und ihre Träger_innen dazu beitragen, eine weitere Diskursverschiebung nach rechts zu vermeiden? Das waren einige der Themen des Politik-Panels.

Dieses Buch ist in sieben Kapitel gegliedert. Die ersten sechs sind Abschriften bzw. Zusammenstellungen der Gespräche. Am Ende jedes dieser Kapitel sind die wichtigsten Ableitungen aus den Diskussionen zusammengefasst. Sie sollen Leser_innen, die selbst aktiv sind oder es werden wollen, als Anregungen dienen. Im letzten, siebten, Kapitel werden Antworten auf juristische Fragen aufgelistet, die sich sowohl während der Diskussionen, für uns aber auch bereits davor immer wieder gestellt haben. Sie sollen abbilden, wie der Rahmen gesteckt ist, in dem man sich als Antifaschist_in bewegt.

Wir hoffen, mit diesem Debattenbuch einen Beitrag zur kollektiven Reflexion antifaschistischer Strategien leisten zu können. Das Buch soll jenen als Handreichung dienen, die angesichts der Rechtsentwicklung in Österreich, in Deutschland, aber auch anderenorts, aktiv werden wollen.

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Kathrin Glösel und Hanna Lichtenberger, Wien im März 2018